

Der Friedensantrag der italienischen Sozialisten vor der Kammer.

Auf Antrag der Regierung auf sechs Monate verschoben.

Zürich, 1. März.

Die italienische Deputiertenkammer genehmigte gestern einige königliche Verfügungen.

Deputierter Miliani legte einen Beschlusantrag vor, wonach militärische Arbeitskräfte für landwirtschaftliche Arbeiten in größerem Umfange gewährt werden sollen.

Gleichzeitig unterbreitete die sozialistische Fraktion einen Beschlusantrag, der lautet: Die Kammer stellt fest, daß einerseits Mangel an Voraussicht, als Italien ohne angemessene internationale Vereinbarungen zur Gewährleistung seiner Approvisionierung in den Krieg getrieben wurde, und andererseits kapitalistischer und nationalistischer Egoismus, von welchem sich die Politik aller Kriegführenden auch in den Beziehungen zu den Verbündeten leiten läßt, derartige Verhältnisse im Wirtschaftsleben Italiens herbeigeführt haben, daß eine sofortige tiefgreifende Umgestaltung der auswärtigen und Kriegspolitik erforderlich ist, um die Friedensverhandlungen zu beschleunigen, da ohne Frieden auf eine wirksame Abhilfe der Unzulänglichkeit der Approvisionierung und der wachsenden Gefährdung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Italiens nicht zu hoffen ist.

Landwirtschaftsminister Raineri erklärte, daß er mit dem Beschlusantrag Miliani einverstanden sei.

Ministerpräsident Boselli erklärte, der sozialistische Beschlusantrag umfasse außer der Approvisionierungsfrage die gesamte Kriegspolitik, die Beziehungen zu den Verbündeten und die Beschleunigung des Friedens. Er erinnere daran, daß die Kammer vor nicht langer Zeit einen ähnlichen Beschlusantrag auf sechs Monate hinausgeschoben habe. Ein sozialistischer Beschlusantrag sei in seinen Voraussetzungen durch die Erklärungen des Deutschen Reichskanzlers, ein zweiter durch die Stellungnahme des Präsidenten Wilson hinzugefügt geworden. Der heutige Beschlusantrag berühre wesentlich eine gegenwärtig mehr als je unzumutbare außerpolitische Frage, und niemand, der einen siegreichen Frieden beschleunigen wolle, könne wünschen, daß sich die Regierung in Erörterungen von Argumenten, wie sie der sozialistische Beschlusantrag enthalte, einlasse. Er beantrage daher die Hinausschiebung des Beschlusantrages Prampolini auf sechs Monate.

Als Deputierter Turati nach dem Hinweis darauf, daß die Approvisionierung gegenwärtig mit der äußeren Politik notwendigerweise zusammenhänge, namentlich die Abstimmung über den Antrag Boselli forderte, erklärte der Ministerpräsident, die Regierung müsse hiernach zugleich die Vertrauensfrage stellen. Die Kammer werde sich hoffentlich gegenwärtig halten, daß alle die Rückkehr des Friedens wünschen, daß aber der Friede nur durch den Sieg erreichbar und zum Sieg die Artüfung

der besten Kriegsmittel in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten erforderlich sei.

Bei der namentlichen Abstimmung waren 227 Stimmen für den Antrag Boselli, 31 dagegen. Diese 31 Stimmen umfassen die offiziellen Sozialisten, zwei Giolittianer, einen Merikalen und Enrico Ferri. Unmittelbar vor der Abstimmung hatten etwa sechzig Deputierte den Saal verlassen.